

Lithiumförderung in Bolivien: ACI raus?

Martin Himmelheber (him)

3. Mai 2021

Mit großem Pomp begonnen, inzwischen begraben? Das Bolivianische Lithium-Förderprojekt mit ACI in Zimmern ist wahrscheinlich Geschichte. In Bolivien hat das Kohlenwasserstoff- und Energieministerium am vergangenen Freitag angekündigt, man rufe dazu auf, dass sich Firmen für die „Direkte Lithium Gewinnung“ in Bolivien bewerben möchten. Das bolivianische Staatsunternehmen Yacimientos de Litio Bolivianos (YLB) hatte dazu einen „Call for Technology“ gestartet und dazu ein Seminar organisiert. Daran hätten Diplomaten aus Russland, China und den USA teilgenommen.

Ebenso seien Firmen aus diesen drei Staaten vertreten gewesen. Deutschland oder die ACI erwähnt die Pressemitteilung nicht. Dabei hatte Ende 2018 alles so schön begonnen. In Berlin unterzeichneten Wolfgang Schmutz und Vertreter der YBL einen Vertrag für ein Joint Venture von Schmutz Firma ACI Systems Alemania (ACISA) aus Zimmern. Mit dabei Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier „sowie hochrangige Vertreter der Regierung des Plurinationalen Staates Bolivien“.

Bei der Vertragsunterzeichnung im Dezember 2018 in Berlin: Wolfgang Schmutz CEO ACI Systems Alemania (ACISA) und Juan Carlos Montenegro (CEO Yacimientos de Litio Bolivianos YLB) unterzeichnen den Joint Venture Vertrag.

In Hintergrund von links: Rafael Alarcon, Energieminister Bolivien, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, baden-württembergische Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Peter Altmaier, Bundeswirtschaftsminister, Diego Pary, Außenminister Bolivien.

Foto: pm

Schmutz wollte 250 Millionen US-Dollar in Bolivien investieren und jährlich 40.000 bis 50.000 Tonnen Lithium gewinnen. Auch später engagierten sich CDU-Politiker für das Projekt.

Widerstand in Bolivien

Doch schon damals beschlichen Beobachter leise Zweifel, ob die kleine ACI das stemmen könnte. „ACI Systems Alemania GmbH hat bisher keine Erfahrung im Rohstoffabbau“, bemerkte der

Wirtschaftsinformationsdienst Bloomberg. Doch Schmutz wischte derlei Zweifel beiseite: „Ich kenne Bolivien.“

Doch in Bolivien änderte sich die Großwetterlage. Präsident Evo Morales geriet nach einem Wahlskandal ins Abseits, musste nach Mexiko ins Exil. Im Oktober 2019 hatte Morales noch ein Dekret widerrufen, das das ACISA Vorhaben erlaubt hatte. Die Lithiumförderung war auf heftigen Widerstand bei der einheimischen Bevölkerung gestoßen. Dort fürchtete man um das Trinkwasser. Schmutz hatte danach versucht, sein Projekt noch zu retten und der bolivianischen Regierung Angebote für eine bessere Beteiligung der Region gemacht.

Europäisches Projekt

In diesem Januar teilte ACI mit, man sei Teil eines europäischen Projektes zur Fertigung von Batterien. Das Zimmerner Unternehmen solle „das Teilprojekt zur sicheren, unabhängigen Versorgung mit nachhaltig, wasserneutral und zu wettbewerbsfähigen Kosten produzierten Lithium-Rohstoffen bearbeiten“. Auf Nachfrage der NRWZ hatte im Januar eine Sprecherin von ACI berichtet, die Bolivianische Regierung habe das Unternehmen zu Gesprächen „über eine mögliche Fortsetzung der Projekts eingeladen“.

Professor Wolfgang Schmutz im Mai 2019 mit einer Infocassette zum bolivianischen Lithium Joint Venture. Archiv-Foto: him

Eine Nachfrage bei ACI-Chef Schmutz heute Vormittag, war vergebens. Er habe „keine Zeit“, ließ er ausrichten und verwies auf die Sprecherin. Mit dieser haben wir nun ein Interview geführt. Demnach verfolgt ACISA eine andere Technologie und sei deshalb an dem Seminar nicht beteiligt gewesen. Ihr Unternehmen sei weiter im Gespräch mit der bolivianischen Regierung.

Bundeswirtschaftsministerium: Fragen Sie die Unternehmen

Die NRWZ hat auch eine Anfrage beim Bundeswirtschaftsministerium gestellt. Die Antwort ist lapidar: „Bei dem angesprochenen Projekt zwischen dem deutschen Unternehmen ACISA und dem bolivianischen Staatsunternehmen YLB zur umweltverträglichen Gewinnung und zur Weiterverarbeitung von Lithium handelt es sich um ein unternehmerisches Vorhaben. Zum aktuellen Stand müssten Sie sich daher bitte an

die beteiligten Unternehmen wenden.“

Als es allerdings um die Vertragsunterzeichnung ging, war das Bundeswirtschaftsministerium sogar mit seinem Minister Altmaier vertreten. Und der sagte damals unter anderem: „Wenn solche Aufträge an deutsche Unternehmen gehen, ist das immer für den Umweltschutz gut.“ Heute ist sein Ministerium offenbar auf mehr Distanz bedacht.